

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

[urn:nbn:de:gbv:45:1-44477](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-44477)

vermuthen und nicht obligatorischen Meinungsäußerung über die Gründe eines dauerhaften und ehrenvollen Friedens zu fassen, entspricht vollständig der Auffassung der Kaiserlich österröschischen Regierung, die sie eigenmächtig mit ihren Verbündeten niederstelt zu beabsichtigen nicht ermannte. Infolgedessen spricht die Kaiserliche Regierung den Wunsch aus, daß dieser Wunsch von der k. u. k. Regierung unternehmend, von hohen Offizieren, die sich auf dem Gebiet der diplomatischen Einwirkungsbereitschaft und aufrichtigem Verhältnismäßig eingetragene Schritte zur Vorbereitung des Friedens für einen gerechten und dauerhaften, die ganze Welt umfassenden Frieden bei unseren Gegnern die beste rechtliche Disposition finden.

Aus Rußland.

Internierung der englischen und französischen Konsulatsbeamten.

Die Wiener Sowjetagentur meldet: Viele englische und französische Offiziere, die sich an der gegenrevolutionären Verschwörung beteiligten haben, sind in das Lager der Tscheko-Sowjets entflohen. Unter Berücksichtigung dieses Umstandes hat die Sowjetregierung beschlossen, die englischen und französischen Konsulatsbeamten zu internieren. Zehn Konsulatsbeamte und militärische Funktionäre der Entente hatten sich im Gebäude des amerikanischen Konsulats verborgen. Das Gebäude wurde mit Posten besetzt, umgeben, bis diejenigen, die sich dort verborgen hatten, sich freiwillig ergeben. Die Sowjetregierung garantiert ihre Unverletzlichkeit. Sie sollen lediglich interniert werden.

Ein faulerer Plan der Entente gegenüber Rußland.

Die K.-A.-Korrespondenz schreibt: In einem sehr beachtenswerten Artikel der Humanität vom 18. Sept. lenkt der sozialistische Abgeordnete Ernest Lafont die Aufmerksamkeit aller Sozialisten auf die kapitalistischen Pläne der Entente gegenüber Rußland. Er schreibt, daß der Pariser Vertrag, der als Regierungsvertrag betrachtet werden darf, den Ententemächten vorhält, sich der russischen Finanzen zu bemächtigen und sie nach dem Muster der türkischen Finanzen zu verwalten. Der Vertrag schreibt wörtlich:

Rußland darf nicht zögern, die ungenügende Hilfe der Entente anzunehmen. Eine Verwaltung seiner Einnahmen und seiner Staatsschulden, in die die Vertreter der internationalen Gläubiger Rußlands zeitweilig eintreten werden, sollte die öffentliche Meinung dieses Landes nicht verlesen, noch bei ihr irgendwelche Zweifel an den Absichten ihrer früheren Mätrern wachrufen. Es handelt sich nicht darum, die russischen Finanzen zu ergreifen oder gar die russischen Reichsfinanzen mit Beschlagnahme zu belegen. Die Einmischung würde nur die eines Vormundes sein und nur mit Rücksicht auf die Interessen der russischen Nation einen wirklichen Kredit zu verschaffen, als ihr die notwendige Bureaupläne zu beschaffen. Das heutige Rußland befindet sich in keiner besseren Lage als die Türkei im Jahre 1878, als sie durch Rußland geschlagen war. Auf dem Berliner Kongress schlug damals Graf Corti vor, die türkischen Finanzen unter die Obhut einer internationalen Finanzkommission zu stellen.

Damals wurde das Wirtschaftsleben der Türkei in Hellen gelassen, aus denen es sich bis jetzt nicht befreien konnte. Soll Rußland durch dieselben räuberischen Methoden ruinert werden wie die Türkei?

Aus dem Westen.

Feindliche Umgruppierungen im Westen.

Genf, 25. September. Von Republikanern läßt sich aus Paris melden, daß die Umgruppierung, die an der neuen Westfront, namentlich in der Champagne und in den Ardennen stattfindet, hauptsächlich das Vorbild zu bevorzugen größeren Operationen ist.

Englischer Heeresbericht vom 24. September, nachm.

(W. L. A.) In der Nacht kräftiges Geschützfeuer in der Gegend von St. Quentin und zwischen der Ailette und Aisne. In der Champagne brachten zwei Handbatterien auf deutsche Schützengräben in der Gegend von Perthes und an der Route de Reims den Franzosen etwa 40 Gefangene ein.

Englischer Heeresbericht vom 23. September.

(W. L. A.) Durch eine erfolgreiche feindliche Unternehmung, die heute früh nordöstlich Epheh ausging, wurden wir einen starken deutschen Panzer, welcher vom Feinde nach der Gegend der letzten drei Tage erstarrt verbleibt, werden war. Wörtlich von dieser Erstoff gelang es dem Feinde heute früh bei einem Gegenangriff, an einem Punkte in unsere Stellungen einzubringen, wo sich eine feindliche Abteilung noch hält. In allen übrigen Stellen wurde der Angriff abgeblasen.

Englischer Heeresbericht vom 24. Sept., abends.

(W. L. A.) Wir führten heute früh im Zusammenstoß mit den Franzosen eine gemeinsame Unternehmung im Abschnitt St. Quentin aus. Beim Morgengrauen griffen englische Truppen auf einer Front von über vier Meilen von der Gegend des Omignonbaches aus südwestwärts an. Gute Fortschritte wurden längs dieser ganzen Front erzielt. Etwa 800 Gefangene wurden von uns gemacht. Auf starken Widerstand stießen wir an einer Anzahl von Punkten, besonders in der Gegend von Senanque, wo der Kampf noch andauert. Ein feindliches Geschütz fand heute noch nordöstlich von Epheh statt, dessen Ergebnis eine leichte Verbesserung unserer Linie war. Von den übrigen Fronten ist nichts zu melden.

Amerikanischer Heeresbericht vom 23. September.

(W. L. A.) In der Woche waren unsere Strafaktionen wiederum tätig. Sie brachten 29 Gefangene und 2 Artilleriegeschütze ein. Drei feindliche Vorkämpfer in der Woche und in 20 Tagen wurden abgetrieben.

Amerikanischer Heeresbericht vom 24. September.

(W. L. A.) In der Woche machten wir bei einem erfolgreichen Vorstoß Gefangene. Unser zunehmender Artillerieeinsatz in demselben Abschnitt ist nichts weiter zu melden.

Belgischer Heeresbericht vom 23. September.

(W. L. A.) Während der beiden letzten Nächte ist die feindliche Artillerie sehr tätig gewesen, besonders in der Gegend nördlich der Yser, wo mehrere Schützengräben eingelegt. Unsere Artillerie erwiderte kräftig. Ein auf einen unserer Vorkämpfer bei Weibendrecht verführter feindlicher Angriff in der Nacht vom 21. zum 22. scheiterte vollständig in unserem Feuer. In derselben Nacht wurden mehrere unserer Lager von Fliegern mit Bomben belegt.

Von den Balkanfronten.

Der bulgarische Bericht.

(W. L. A.) Sofia, 24. Sept. Generalstaatsbericht vom 23. Sept. Mazedonische Front: Im oberen Stambulite drangen unsere Stotrupps in feindliche Gräben ein, von wo sie mit französischen Gefangenen zurückzogen. In der Wofka-Planina und bei Orvona Stena wurden mehrere feindliche Sturmbatterien durch Feuer zerstört. Nördlich von Bitola griffen feindliche Bataillone noch heftiger Artillerieabteilungen unsere Stellungen an, wurden aber mit beträchtlichen Verlusten zurückgeworfen. In der übrigen Front mößige Kampfartigkeit. Nördlich von Bitola waren feindliche Flieger Bomben auf Willkürzettel, die deutlich erkennbar die höchsten Absichten trugen.

Englischer Heeresbericht der Salonikifront vom 24. September.

(W. L. A.) Die Befolgung der auf dem Wädage befindlichen Bulgaren an der Front Monastir-Dorian bemerkt an. Die englisch-griechischen Truppen erreichten die Linie Peretz-Jarka-Sudowa, wo sie in Fühlung mit französisch-griechischen Truppen stehen. Unsere Kavallerie geht an der Strumica vor. Drei 150 Zentimeter-Geschütze, eine Gebirgsbatterie, ein vollständiger Schminerzeuger und einige Feldgeschütze wurden erbeutet.

Serbischer Heeresbericht vom 23. September.

(W. L. A.) Die Serben haben fort den Vorstoß zu überschritten. Sie sind dort in Fühlung mit dem Feinde. Sie erreichten das Massiv der Wrenska Planina und die Straße Gadece-Prisep und erbeuteten einige Eisenbahngänge auf der Warbaraba.

Der Krieg mit Italien.

Der österreichisch-ungarische Heeresbericht.

(W. L. A.) Wien, 25. Sept. Amtlich wird bekannt: In der Tiroler Süd- und zentralen Brenta und Piave schickten italienische Truppen unsere feindlichen Stellungen anzugreifen. Infolge der energischen Abwehr verblieben sie nur sehr kurze Zeit über der Stadt und entfernten sich, ohne Schäden anrichtet zu haben. Heute Nacht wurde der Versuch wiederholt.

Der Chief des Generalstabes.

Von den türk. Kriegsschauplätzen.

Ein Fliegerangriff auf Konstantinopel.

(W. L. A.) Konstantinopel, 23. Sept. Begünstigt vom Vollmond veruchten gestern feindliche Flieger Konstantinopel anzugreifen. Infolge der energischen Abwehr verblieben sie nur sehr kurze Zeit über der Stadt und entfernten sich, ohne Schäden anrichtet zu haben. Heute Nacht wurde der Versuch wiederholt.

Der türkische Bericht.

(W. L. A.) Konstantinopel, 24. Sept. Amtlicher Bericht vom 23. Sept. Palästinafront: Geschick geleitete Nachschubkämpfe sichern uns die Durchführung unserer Maßnahmen beiderseits des Jordan. Auf den übrigen Fronten ist die Lage unverändert.

(W. L. A.) Konstantinopel, 24. Sept. Tagesbericht: In der Palästinafront nehmen unsere Vorzügen den geplanten Verlauf. Der Engländer folgt nur schriftlich. Sonst nichts Neues.

Englischer Heeresbericht aus Palästina.

(W. L. A.) Nachden wird die Jordanübergänge bei Jiz-es-Damir am Morgen des 22. Sept. besetzt hatten, war der letzte dem Feinde offene Weg zum südlich des Jiz-es-Damir von unseren Truppen geschlossen. Die 7. und 8. türkische Armee haben so gut wie aufgehört zu existieren. Bei ganzer Train ist in unser Hand gefallen. Am 22. Sept. um 8 Uhr abends waren 35 000 Gefangene und 200 Geschütze gefaßt. Viele Gefangene und viel Kriegsgeschütz sind in dieser Zeit noch nicht einbezogen.

Der Krieg mit Amerika.

Arbeiter-Konferenz.

Washington, 24. September. (Meut.) Morgen wird eine Konferenz achtzehner Syndikater des Kriegs- und Marine-departements abgehalten werden, die den Zweck hat, Maßnahmen zur Ausdehnung der alten Verträge über die Dauer des Krieges zu treffen. Die Arbeiterverbände werden sich mit dem Plane befassen, der eine Senkung der Löhne der niedrigst bezahlten Arbeitergruppen auf die Höhe der normalen Löhne ins Auge faßt. Dieses Schema wird Millionen von Arbeiter sowohl der Kriegs- als auch anderer Industrien umfassen.

Parteiegoismus.

Ein bekannter Parteiführer schreibt uns:

Die Vorbereitung eines parlamentarischen Gerichtes durch ein Verjähriges Blatt hat in der letzten Zeit viel Staub aufgewirbelt und eine heftige Diskussion in der Öffentlichkeit entzündet. Man hat zwar recht, wenn man gewisse Einzelheiten dieser schmerzhaften Werbung als klug und Sensation betrachtet, aber den Kern bildet eine Frage, die jetzt zweifellos mit Ernst und realer Aussicht auf Beantwortung nicht von den schlechtesten Köpfen erfragen wird: die Frage einer Volksregierung für Deutschland.

Es handelt sich dabei keineswegs um eine rein innerpolitische Angelegenheit. Denn diese Regierung soll gleichzeitig eine Regierung der nationalen Verteidigung sein. Sie soll den Krieg eben unwiderruflich wie notwendig als einen Verteidigungskrieg zum Schutze Deutschlands und des deutschen Weltfriedens auf Erbe führen, auf der anderen Seite soll sie, indem sie sich auf die parlamentarische Regierung der Volksmassen stützt, im Volke das Bewußtsein stärken, daß es um keine eigene Sache kämpft, daß es mit der äußeren die innere Freiheit verteidigt.

Von der rechten Seite wird gefragt: Wozu ist das nötig? Hat das deutsche Volk nicht schon bisher gekämpft, daß es für seine Existenz kämpft? In diesem Sinne ist A. an den beiden Scheidemanns Brief geistig worden, die die reifliche Organisierung der nationalen Verteidigung erst erfüllt sieht, wenn in Preußen das gleiche Wahlrecht bewirkt ist. Man hat gefragt, ob das Bewußtsein für Gott und Verd. für Weiß und

Blau zu kämpfen, denn durch das gleiche Wahlrecht noch geübt werden könne.

Demnach Zweifel an der Kraft der Idee sind in diesem Kreise nicht am ersten Male in der Reichsdeutsche gedrungen worden. Sie sind ein Grund dafür, die im Volkstümlichkeit der politischen und wirtschaftlichen Macht nicht in die Seele und den Bewußtsein der Arbeiterbewegung verleben können. Als Friedrich Wilhelm III. von Preußen von der Reformationsbewegung der Idee einer Volksregierung gegen die napoleonische Fremdherrschaft vorsetzte, machte er die bekannten klammern Ambrosiusvermerkungen: „Als Kasse gut“ — „aber niemand kommen werden“. Später freilich, als die Volksbewegung Wirklichkeit ward, da dichtete byzantinische Poetie das „Niemand-kommen-werden“ um in den leuchtendsten Satz: „Der König rief und alle, alle kamen“.

Das selbste Wortlaut der sonderbaren Poetie gegen die Abhängigkeit einer Demokratisierung Deutschlands entspricht ganz dem empfindlichen Geiste eines Friedrich Wilhelm III. Die Konventionen haben es freilich bisher sehr leicht gehabt. Der Staat, für den sie sich über Jahre lang geschlagen haben, war im wesentlichen ganz nach ihren Wünschen und Vorstellungen eingerichtet. Die große Masse des Volkes aber ist für Deutschland eingetreten, obwohl sie an den inneren Einrichtungen des Staates viel zu belegen und auszuheben hatte, ihre Verfassung besaß sich nicht zu sehr auf das gegenwärtige, als auf ein zukünftiges, erst zu schaffendes Deutschland. Sie wuzelte in der selbstsüchtigen Zuversicht, daß dieses Deutschland sich durchziehen würde, und gleichzeitig in der Überzeugung, daß dieses künftige Deutschland nur auf dem Boden eines nicht außer ihn ketten und unbesiegtigen Staates entstehen könnte. Und um soviel die Begeisterung für eine Gewißheit, die eine bloße Hoffnung übersteigt, in eben diesem Maße wird die Kraft des Widerstandes gegen den Willen durch die das Volk das gewohnte und ererbte freie Deutschland schon während des Krieges entstehen sieht.

Die Konventionen jammern freilich: Das soll der Anfang der nationalen Geschlossenheit sein, daß wir, die inneren Abhängigkeiten und künftigen Elemente, durch die Entscheidung zur Demokratie befreit werden? Aber in Wirklichkeit wird ihnen nur zugemutet, daß sie den Rest des Krieges unter eben der Verfassung führen, nach der sie die große Mehrheit des Volkes in länger als vier Jahre geführt hat. Wenn das Volk 50 Monate lang entschlossen einen Staat verteidigt, dessen innere Struktur zu seinen Misshandlungen in manchen Jahren Widerspruch fand, sollten dann diese „staatsbehaltenden Elemente“ es nicht ausbilden können, nur einen kurzen Kriegeszeit eben so selbstlos wie das „niemand“ Volk für Deutschland einzutreten, auch wenn sie seine Verfassung meinetwegen für veraltet halten?

Ihre Parteipolitik kann sich gegen ein solches Opfer finden. Aber mehrheitlich werden sie es gerade die Konventionen, die uns Parteipolitik vorsetzen. So schreibt Parteipolitik die Welt:

Die Sozialdemokratie hält ihre Stunde ankündigend für bestimmt gekommen. Die Zeit glaubt sie da, wo sie die Freiheit ihrer fortwährenden Institutionen erneuert kann. Sie hat es sich ja während des Weltkrieges stets aneignet sein lassen, ihre Parteipolitik an der Not des Reiches nach Möglichkeit zu fördern. Schapel konnte man nicht. Kein Mittel wurde verschmäht, keine Agitation gescheut.

Das ist eine billige agitatorische Verdröpfung des Sachverhalts. Aus Parteipolitik hätte die Sozialdemokratie sicher nicht nötig, jetzt auf die schließliche Durchführung der inneren Reform zu drängen. Die Überzeugung, daß diese sich während in dieser Zeit durchsetzen müssen, ist wohl zu sicher und viel zu groß, als daß die Sozialdemokratie abzugeben wäre, die ihr vorangegangene Parteipolitik anzuwenden. Wer wirklich glaubt, daß allein Deutschland kraft irgendwelcher mystischen Eigenschaften sich einer Entscheidung entgegen könnte, die in der ganzen Welt unauflöslich vorwärts schreitet, der nehmt ins — Dreifachstimmigen. Solange in Deutschlands Osten noch das partische Rußland als ein Hort des Absolutismus stand, solange hatte diese Ansicht noch eine bescheidene reale Grundlage. Aber anzunehmen, daß Deutschland als Land des Fortschritts inmitten eines demokratischen Europa ruhig weiter politisch stagnieren könne, dazu gehört die naive Einseitigkeit der Nachkommen jener Klasse, die vor hundertunddreißig Jahren auch meinten, sich jeder Einwirkung der französischen Revolution entgegen zu können, bis diese das alte Preußen zerbrach.

Nein, der Sieg der Demokratie ist viel zu sicher, als daß die Sozialdemokratie heimlich oder gar gegen das Allgemeininteresse verdröpfunges Mittel zu seiner Verwirklichung anzuwenden müßte. Umso mehr ist allen die, daß die Einheit gewisser Kräfte erst kommen könnte, nachdem ihre Einseitigkeit durch unbedingten Schaden in Deutschland anrichtet hat. Freilich laufen in diesem Falle unsere Parteipolitik mit den Allgemeininteressen parallel. Aber das ist kein Wunder. Die Sozialdemokratie hat niemals Parteipolitik vertreten, die sich nicht gleichzeitig vom Standpunkt des Allgemeinwohls hätte rechtfertigen lassen. Einzelige Interessententum haben sich freilich dieses Fehlers oft schuldig gemacht. Deshalb rief man an bürgerlichen Kreisen so häufig den Satz ausbrechen, man müßte in der und der Situation das Vaterland über die Partei stellen.

Für die Sozialdemokratie ist dieser Satz sinnlos. In seiner Annahme läge das Zielgedanke, gemeindefürdliche Sonderinteressen zu vertreten. Die Sozialdemokratie ist aber stets von der Voraussetzung ausgegangen, daß die Interessen der weitaus größten Mehrheit — als die großen Mehrheit der Bevölkerung — nicht — gleichzeitig die Interessen des Ganzen, des Staates sind. Diese Überzeugung hat sich bisher als richtig erwiesen. Die große Masse derer, welche die produktive Arbeit für die Gesellschaft leisten, die ist das Vaterland, die Nation, außerhalb dieser gibt es kein Vaterland.

Und deshalb ist es keine zufällige Angelegenheit, sondern eine aus der Natur der Dinge geborene Notwendigkeit, daß die Rettung des Staates aus schwerer Gefahr in der Verteidigung dessen liegt, was die Sozialdemokratie immer lange vor dieser Gefahr nicht müde wurde zu fordern: In der Selbstbestimmung des Volkes über seine Geschichte.

Politische Rundschau.

Wiederaufnahme des deutsch-französischen Gefangenenaustausches. Die französische Regierung hatte, wie erinnerlich, den in dem benannten großen Austausch Kriegsgefangener und Zivilinternierter teilnehmend einseitig, als er wenige Ausständigen in Deutschland eingetroffen waren. Im Interesse der schwerverwundeten deutschen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten und ihrer Angehörigen wurden von der deutschen Regierung sofort alle Schritte unternommen, um die baldige

Wiederaufnahme des Austausch durchzuführen. Dies Ziel ist...

Der Staatssekretär des Innern Staatsminister Ballat, der vor zwei Jahren einen schweren Unfall erlitten hatte, hat sich...

Waffen und Wahlrecht. Der Ausschuss der deutsch-hannoverschen Partei (Waffenpartei) hat anlässlich ihrer letzten Tagung...

Politische Greiferei. Bekannt ist noch der Vorstoß der Deutschen Liga gegen Herrn von Kühlmann. Es ist bemerkenswert, daß dieses Blatt im Falle einer Ministerkrisis gegen neue Männer schon wieder ähnliche Angriffe in Aussicht stellt.

Frankreich.

Derbe aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen. W. L. A. meldet aus Bern: Wie Progres de Lyon meldet, beschloß der Schiedsgerichtsausschuß der Sozialistenpartei mit 4 gegen 3 Stimmen den Ausschluß Derwès, des Oberbefehlshabers der Kavallerie, aus der Partei.

Dänemark.

Die Einführung des internationalen Dezimalmaßsystems in Dänemark, das durch Schweden getrieben worden ist, soll bis zum 1. Januar 1914 in allen Institutionen eingeführt sein.

Eine Schauspielerin als staatlicher Kommissar für das Theaterwesen. Wie die W. L. A. aus Moskau berichtet, hat die Schauspielerin W. S. Angelina, die Gattin von M. Gorki, die Leitung der Petrograder Schauspieler übernommen und wurde zum Kommissar für Theaterwesen ernannt.

Aus Stadt und Land.

Warum soll, kann und muß die 9. Kriegsanleihe gezeichnet werden?

Auf Einladung hatte sich gestern Abend im Rathhaus, Wilhelmstraße, ein großer Kreis von Personen zur Vorbereitung der Werberarbeit für die 9. Kriegsanleihe eingefunden. Rathherr Koch begrüßte als Obmann des Werberausschusses und Vertreter des Stadtmagistrats die Erschienenen. Er wies dann einleitend auf die Dringlichkeit hin, die bei der 9. Anleihe zu verzeichnen war.

vermüdete Kriegsgeliebte. Also nur im eigenen Interesse des einzelnen liege es, wenn auch die neue Anleihe wieder einen glänzenden Erfolg aufweist. Mehr als ein Viertel der achtzig Kriegsanleihe ist von Beidnern aufgebracht worden.

Militären und Hinterbliebenenbeihilfe. Im Hinblick darauf, daß der 29. September auf einen Sonntag fällt, werden die Renten und Hinterbliebenenbeihilfe bereits am nächsten Sonntag gezahlt.

Die fleißigsten Wochen sollen, wie jüdische Blätter melden, auch auf die Monate November, Dezember und Januar ausgehend werden. Diese Nachricht ist, wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, lediglich eine Festätigung der bereits vor langer Zeit vom Staatssekretär des Kriegsernährungsamts gegenüber den Gewerkschaften vertretene Auffassung.

Die verspätete Lieferung der Kriegsanleihe hat mit der Sicherheit der Kriegsanleihe nichts zu tun. Die Verzögerung bei der Lieferung der Kriegsanleihe liegt in den technischen Schwierigkeiten, die der Drucklegung der vielen Millionen von Blättern und Hinführbögen entgegensteht.

Und zugulden. Auf dem Volkstag am Westfälische 4 ist ein Bescheid aus zugulden gemeldet worden. Der Eigentümer kann seine Ansprüche dortselbst geltend machen. Die 10. Halbjährliche-Behaltung der Mittel- und Oberstufe der hiesigen Fortbildungsschule befristeten am Mittwoch nachmittags unter Leitung ihrer Lehrer die Sommer-Examen in Ware.

Schöffengerichtssitzung am 24. September. Der Herrgott G. war angeklagt, den Hilfsverführer Schulz mit der Hand ins Gesicht geschlagen und ihn mit einem Verbreden bedroht zu haben. Er wurde unter Zurücklassung minderer Umstände zu 60 Mark Geldstrafe oder 12 Tagen Gefängnis verurteilt.

Wegen Baumverleumdung hatte sich der Markbesitzer und Hausbesitzer S. zu verantworten. Das Gericht erkannte gegen ihn auf 30 Mark Geldstrafe oder 6 Tage Gefängnis. Die Frau des Beschuldigten erwiderte, sie halte einen Strafbefehl über 30 Mark erhalten, weil sie zwei Verkaufsstellen des Stempel ausbedient und sich dann die Lebensmittelfarten nochmals hatte geben lassen.

Wilhelmstagen, 26. September.

Ernenennung. Der Oberregierungsrat bei der Königl. Anleiheverwaltung in Wien, v. S e p p e, zuletzt Chef der Reichsanleiheverwaltung für Wien mit dem Titel in Wien, ist zum Regierungspräsidenten in Aurich ernannt worden.

Vorträge, Theater, Konzerte und sonstige Veranstaltungen.

Wahrsagend. Auf das morgen, den 27. September, im Rathhaus stattfindende Konzert des Stuttgarter Vokalquartetts, das sich gegenwärtig auf einer Konzertreise durch Deutschland befindet, wird nochmals hingewiesen. Ein Besuch ist allen Freunden und Kennern höherer Sprachkunst zu empfehlen. Die ge-

samte Kritik hebt besonders den prächtigen Zusammenklang der Stimmen des Quartetts hervor, sowie die hohe Kultur ihrer Gesangsart und die hinsichtlich vollendete Vortragsweise der Besänger. Ueber einen Besonderen verdient die Stuttgarter Sopranistin Quaretti Besondere Beachtung zu werden, zumal in so abgerundeter, langanhaltender Ausführung. Die Begleitung übernimmt Herr Schacht.

Neueste Nachrichten.

Eine wichtige Rede des Reichstanzlers.

(W. L. A.) Berlin, 26. September. Der Hauptauschuß des Reichstages letzte heute die Beratungen über die politische Lage fort. Die Teilnahme an den Verhandlungen ist heute nicht so groß als an den Vortagen, da ein Teil der nicht dem Ausschuss angehörenden Abgeordneten wieder abgereist ist. Anwesend sind der Reichstanzler, der Finanzminister, verschiedene Staatssekretäre und Minister, alsbald nach Eintritt in die Tagesordnung erteilt der Reichstanzler das Wort zu folgenden Ausführungen: „Meine Herren! Die Weidwerden, die seitens von allen Rednern gegen die Handhabung der Zensur und des Vereins- und Versammlungsgesetzes geltend gemacht worden sind, müssen von mir als in einem erheblichen Umfang als berichtigt anerkannt werden. (Gut, hört!) Wenn allgemein in gewissen Korpsbezirken Verbote erlassen sind, daß in Versammlungen nicht über die Wahlrechtsvorlage gesprochen werden darf, wobei von Freunden noch von Gegnern der Vorlage, so ist dies ein nicht haltbarer Zustand, der freilich inwieweit schon durch einen Erfolg des Militärverfassungsgesetzes beseitigt ist. Nach der Lage der Gesetzgebung und der zu deren Ausführung ergriffenen Bestimmungen sind der Reichstanzler und die obersten Zivilbehörden der Bundesstaaten darauf nur in der Lage, durch Vorstellung und Delegation ihrer Auffassung eine Einwirkung auf die zur Entscheidung allein zuständigen Militärstellen auszuüben. Es ist von dem Herrn Abgeordneten richtig anerkannt, daß in einer Reihe von Korpsbezirken berechtigte Klagen über unzulässige Beschränkungen des Vereins- u. Versammlungsgesetzes nicht erhoben werden kann, während es andere Korpsbezirke gibt, in denen fortgesetzt bei jedem Jahresantritt des Hauptauschusses Weidwerden, deren Begründung zum Teil auch von mir anerkannt werden muß, vorgebracht werden. An dem materiellen Befugnissen, welche das Verordnungsamt ausüben darf, besteht kein Zweifel. Ich habe übertrag, kann nach meiner Überzeugung in Deutschland ebensowenig gerügt werden, wie es in den übrigen Kriegführenden Staaten, ja sogar in den neutralen Staaten, auf Grund freierer oder für den Kriegsfall besonders effizienter Gesetze geschieht. Der Krieg bringt es mit sich, daß den Behörden außerordentliche Vollmacht zur Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung übertragen werden muß.

Dagegen habe ich mich unter dem Eindruck einiger besonders empfindlicher Vorkommnisse der letzten Zeit davon überzeugt, daß bei der langen Dauer des Krieges in der Handhabung dieser außerordentlichen Vollmächte wesentliche Veränderungen eintreten müssen. Wir sind in die Genöthigung der vorliegenden Wege eingetreten, die zu diesem Ziele führen können. Ich darf erwidern, daß die nachfolgenden folgende: Ein Eingriff der Kommandogewalt durch die die Zuständigkeit der Oberbefehlshaber entsprechend eingeschränkt wird, oder eine Veränderung der bestehenden Gesetzgebung in der Richtung, daß die den militärischen Anhängen seitens der zugehörigen Behörden geteilt werden, oder die Einfügung aufreißender bürgerlicher Elemente in die gesetzlich zur Entscheidung berufenen militärischen Stellen. Ich bin selbstverständlich nicht in der Lage, heute anzugeben, welcher der hier angebotenen einflussreichen Wege am sichersten zum Ziele führt. Seien Sie aber versichert, m. H., daß ich zu Ihrem nächsten Jahresantritt im November eine allen berechtigten Klagen entsprechende Veränderung in die Wege geleitet haben werde und daß uns infolge dieser Veränderungen, wie sie bisher unsere Zeit und Kraft auch vielfach in Anspruch genommen haben, künftig erspart bleiben werden. (Beifall.) Sie sehen, daß ich durchaus nicht willens bin, mich berechtigten Beschwerden zu verschließen. Im Gegenteil, ich werde mit aller Entschiedenheit dafür wirken, daß alle berechtigten Beschwerden aus dem Wege geräumt werden. Nun aber, m. H., bitte ich Sie, nimmere alles Trennende zurückzustellen und das Eingende voranzutreiben. Wie ich schon dargelegt habe: Wir haben doch alle nur das eine Ziel und das eine Interesse: den Schutz des Vaterlandes, seine Unabhängigkeit und Existenzfähigkeit. Dieses Ziel können wir nur dann erreichen, wenn wir auch im Innern fest und einträglich zusammenstehen. Dann aber werden wir es erreichen. (Beifall.)

Aus aller Welt.

Zur Eisenbahnkatastrophe in Dresden. Nach der bisher veröffentlichten Zeitschriften der Leuten sind bei dem schweren Eisenbahnunfall in Dresden-Meußdorf 41 Personen getötet worden. Zwei Wagen erster und zweiter Klasse und ein Wagen dritter Klasse sind vollständig zertrümmert. Der Lokomotivführer des Beschlages D-Buges ist verbleibt worden. Die kriminalpolizeiliche Untersuchung hat bisher zu keinem bestimmten Ergebnis geführt. Wie frisch hat bei dem Zerstörer Eisenbahnunfall haben auch bei diesem Unfall 1 e b e r 1 1 n w e s e n a e r i e b e n .

Für 200 000 Mark geflohene Waren aufgefunden. Ein großes Lager geflohener Waren wurde von der Kriminalpolizei in Berlin entdeckt. In der Nacht zu gestern wurden aus einem Geschäftshaus von Einbrechern Seide und Wolstoffe im Werte von über 200 000 Mark gestohlen. Die Kriminalpolizei erfuhr, daß die Einbrecher ihre Beute in einem Keller in der Großen Frankfurter Straße verpackt hatten. Dort wurde sie noch vollständig vorgefunden.

Dreißig Postauslieferungsmänner verhaftet. In Eisen wurden 30 Postauslieferungsmänner verhaftet, die große Mengen von Seidenstoffen und anderen Waren gestohlen hatten. Bisher ist es gelungen, Waren im Werte von 25 000 Mark wieder herbeizufischen.

Unter dem Verdachte großer Schiebung mit Spirit wurden in Rothen Reichsamt Coblenz, dessen Wirtinsherrin und der Professor Platteau verhaftet. Der Gewinn, den die Beteiligten durch diese Schiebung erzielt haben, soll einige Millionen betragen.

Stiftung. Der verlorene Kommissar Karl Eric, Schwedisch, hat den Provinzialverband der Provinz Sachsen zur Erstattung von Hilfspflichten für alle Leute in den Städten Weidenfels und Naumburg a. S. 2 600 000 Mark vermacht.

